

08.04.97

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die Einstufung wassergefährdender Stoffe in Wassergefhrungsklassen

Dr. Angela Merkel, MdB
Bundesministerin für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit

Bonn, den 7. April 1997

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Erwin Teufel
Ministerpräsident des
Landes Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Prsident,

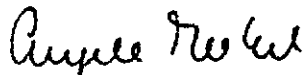
der Bundesrat hat auf seiner 693. Sitzung am 09.02.1996 mit seinem Beschluß 850/95 der vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vorgelegten Verwaltungsvorschrift wassergefährdende Stoffe (VwVwS) zugestimmt.

Seine Zustimmung hat der Bundesrat mit einer Entschließung verbunden, durch die das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit aufgefordert wird, die VwVwS unverzüglich um eine Regelung zu ergänzen, wie Einstufungen von Stoffen in Wassergefhrungsklassen, die durch die Industrie selbst vorgenommen werden (sog. Selbsteinstufungen), von den Ländern im Vollzug berücksichtigt werden können.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit kann dem Wunsch des Bundesrates nicht folgen, da die Ermächtigung zum Erlaß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift im Wasserhaushaltsgesetz eine Regelung der gewünschten Art nicht zuläßt.

Dem inhaltlichen Anliegen des Bundesrates stehe ich jedoch aufgeschlossen gegenüber. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit arbeitet deshalb an einer Empfehlung, wie die Selbsteinstufung von Stoffen durch die Industrie und deren Anerkennung im Vollzug praktikabler gestaltet werden kann. Sobald abstimmungsreife Entwürfe vorliegen, wird das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit darüber in das Gespräch mit den für die Wasserwirtschaft und das Wasserrecht zuständigen obersten Landesbehörden eintreten.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Angela Merkel